

„Linke“ Stadtverwaltung

Eigentlich hätte ich nicht glauben wollen, dass die Trierer Stadtverwaltung genauso wie die „Linken“ tickt. Das Wort „Whistleblower“ kennt offensichtlich weder die Verwaltung noch kennen es die Linken, obwohl letztere einen Gesetzesentwurf zum Schutze derjenigen in den Bundestag eingebracht haben, die Missstände in Behörden, Betrieben und Institutionen öffentlich machen und anprangern. Geht „man“ aber mit offenkundigen Missständen an die Presse, dann wird „man“ internen Repressalien ausgesetzt und ausgeschlossen oder vom Dienst entfernt. Hier wie da.

Dass nun aber gegen Herrn Ihl, einem offiziellen Vertreter der Deutschen Feuerwehrgewerkschaft, ein Disziplinarverfahren von Seiten der Stadt Trier angedroht wurde, ist für alle Gewerkschafter und Beamten ein nicht hinzunehmender Umstand. Wie absurd dieser Vorgang ist, bringen schon die ersten Worte von Herrn Frühauf, dem Pressesprecher der Stadt Trier, zum Ausdruck, wenn er feststellt: „Es ist zwar das gute Recht von Herrn Ihl, den Rechtsweg zu beschreiten.“ (TV,08.11.11). –Jawohl: und zwar ohne „aber“ – wie ich feststellen möchte. Aber „recht“ ist es der Verwaltung wohl nicht. Und dies erstaunt. Denn, dass von Seiten der Stadt auf die besondere „Treuepflicht“ von Herrn Ihl gegenüber seinem Dienstherrn, der Stadt Trier, abgehoben wird, ist durchaus bemerkenswert. Denn mit gleichem Recht könnte Herr Ihl gegenüber der Stadt eine jahrelange Missachtung der „Fürsorgepflicht“, die die Stadt gegenüber ihren Angestellten und Beamten sehr wohl auch hat, abheben. Schließlich wurden jahrelang „Überstunden“ nicht vergolten, so die eigentliche Klage von Herrn Ihl gegenüber der Stadt. Vor diesem Hintergrund zeigt sich die wahre Sorge der Stadt, nämlich dass Herr Ihl „dienstrechtliche Belange öffentlich gemacht habe“ als geradezu lächerlich. Wer aber – wie schon die Linken - Ursache und Wirkung vertauscht, der kommt freilich zu dem willkürlichen Konstrukt, dass jemand „dienstrechtliche Belange“ öffentlich gemacht habe, obwohl sie Missstände bezeichnen, die auf dem direkten Dienstwege tausendfach angezeigt wurden, ohne dass sich über Jahre hin irgendetwas bei der Stadt bewegt hätte oder Abhilfe geschaffen worden wäre. Nun aber soll Herr Ihl die Verantwortung dafür tragen, dass die Stadt die ursächlichen Missstände bei der Überstundenvergütung nicht gelöst hatte, und ihn somit geradezu genötigte, einen Rechtsweg gehen zu müssen, indem ihm, dem ursprünglichen Opfer, nun ein Disziplinarverfahren angedroht wird, womit er zum Täter wird, der die Verantwortung zu tragen hat, obwohl er nicht die Ursache war. Freilich wird eines durch dieses „linke“ Vorgehen der Verwaltung erreicht: Da, wo zunächst rein sachliche Kritik von Seiten der Feuerwehrgewerkschaft geübt worden war, wird jetzt – bedingt durch die Androhung eines Disziplinarverfahrens – der Konflikt personalisiert, indem man versucht Herrn Ihl als „Beamten“ persönlich zu diskreditieren! Dies ist aber völlig unangebracht. Vielmehr zeigt dieses Verhalten der Verwaltung nicht nur die hierarchischen, sondern auch die repressiven Strukturen der „obersten Heeresleitung“ bei Feuerwehr und Dezernat auf. – In diesem Falle bedarf es der uneingeschränkten Solidarität gegenüber Herrn Ihl und Herrn Raskopp in der Hoffnung, dass die Verantwortlichen bei der Stadt endlich einmal zur Rechenschaft gezogen werden. Freilich gibt es da noch weitere Missstände, über die noch gar nicht wirklich angesprochen wurden.

Johannes Verbeek

Trier, den 08.11.11